

## Möglichkeiten einer vorzeitigen Rückgliederung bis 1933

### 1. Die Saarfrage und das Gespräch von Thoiry 1926

Obwohl in der deutschen Saarpolitik Rückgliederung und Abstimmung immer berücksichtigt wurden, stellte sich die konkrete Frage einer vorzeitigen Rückgliederung erst ab etwa 1925. Bis dahin trat die Saarfrage angesichts der schwierigen Lage der Weimarer Republik hinter andere Probleme zurück. Die deutschen Proteste gegen die Politik der Regierungskommission und den französischen Einfluß an der Saar hatten kaum Erfolg und konnten erst recht nicht eine Revision des Versailler Saarstatuts bewirken. Auch die Überprüfung der Politik des Präsidenten Rault durch den Völkerbundsrat im Sommer 1923<sup>1</sup> war keine Folge deutscher Proteste, sondern das Werk neutraler Politiker aus Großbritannien und Schweden. Die deutsche Haltung war also im Grunde von der Einsicht bestimmt, daß der französische Einfluß im Völkerbund von dieser Seite kaum eine Änderung der Situation an der Saar erwarten ließ<sup>2</sup>. Immerhin blieb die Hoffnung, daß der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund die Saarfrage im deutschen Sinne annehmbarer gestalten könne. Wiederholt äußerte sich auch der Reichsaußenminister Stresemann in dieser Richtung, wenn auch ohne weitgesteckte Hoffnungen<sup>3</sup>.

Demgegenüber schien die Vorbereitung der Locarno-Konferenz neue Möglichkeiten zu bieten, die Versailler Saarregelung zu revidieren. Die deutschen Richtlinien für die Ministerzusammenkunft in Locarno führten daher auch die Vorverlegung der Saarabstimmung als Diskussionspunkt auf<sup>4</sup>. Stresemann verknüpfte diese

<sup>1</sup> Z e n n e r, Parteien, S. 71—81.

<sup>2</sup> Vgl. die Rede des preuß. Ministerpräsidenten Braun im Landtag am 23.1.1922, in: Sitzungsberichte des Preuß. Landtags, Bd. 5, 1921/22, Sp. 6380 und die Rede des Reichsaußenministers Rathenau im Reichstag am 21.6.1922, in: Walther R a t h e n a u, Gesammelte Reden, Berlin 1924, S. 428ff.

<sup>3</sup> Schreiben Stresemanns v. 7.9.1925 an den Kronprinzen, in: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, Bd. 6, Berlin (o. J.), S. 488; Schreiben Stresemanns v. 19.3.1925 an den Botschafter in Moskau, in: Locarno-Konferenz 1925. Eine Dokumentensammlung, Hrsg. vom Ministerium f. Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1962, S. 75. Deutlich drückte Konsul Poensgen in seiner Aufzeichnung v. 12.12.1925 (ADAP Serie B, Bd. I, 1, Nr. 22 S. 74) aus, wie gering die Auswirkungen eines deutschen Eintritts in den Völkerbund auf die Saarfrage eingeschätzt wurden: ein deutschfreundlicher Kurs werde sich im Völkerbundsrat in der Saarfrage nie durchsetzen lassen. Der günstigste Fall sei eine gute Völkerbundsverwaltung, woran jedoch im Reich im Hinblick auf die Abstimmung nicht viel gelegen sein könne. Letzteres betont auch L a m b e r t, Saar, S. 104.

<sup>4</sup> Locarno-Konferenz 1925, S. 143, ferner: BA R 431/425, Bl. 255 und 427, Bl. 11 und 14.